Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 39 | Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis: 2,50 Mk. für das Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. | Gotha, 26. September 1920 (Telephon: Nr. 174.) | Inserate kosten 75 Pfg. die einspaltige Petitzeile. Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellenvermittlungs-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg. | 34. Jahrg.

Zur gefälligen Beachtung!

An die verehrlichen Post-Abonnenten, sonstigen Bezieher und Inserenten des „Schuhmacher-Fachblattes".

Einem Beschlusse des Verbandstages des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands folgend, wird mit dem 1. Oktober 1920

Verlag und Redaktion

des „Schuhmacher-Fachblattes" von Gotha nach Nürnberg verlegt. Die verehrlichen Post-Abonnenten werden gebeten, das Abonnement bei der Post rechtzeitig erneuern zu wollen, damit in der Zustellung des „Schuhmacher-Fachblattes" keine Unterbrechung eintritt. Im Bezugspreis wird für das vierte Quartal 1920 eine Aenderung nicht eintreten.

Im Bezug des „Schuhmacher-Fachblattes" unter Kreuzband wird keine Unterbrechung eintreten; der Bezugspreis unter Kreuzband beträgt der Portoerhöhung zufolge nunmehr vier Mark pro Quartal. Die

Versandstelle, Druckerei und Inseraten-Annahme

des „Schuhmacher-Fachblattes" befindet sich vom 1. Oktober 1920 ab in

Nürnberg 10, Bayreuther Straße Nr. 46 (Verlag „Sozialdemokrat")

Alle Zuschriften seitens der Ortsverwaltungen des Verbandes, (oder seitens einzelner Mitglieder), die sich auf Neubestellung des Fachblattes, oder auf Aenderungen in der Anzahl des Bezuges beziehen (blaue Fachblattbestellkarten) sind nur an diese Adresse zu richten. Ebenfalls sind die für das Fachblatt bestimmten Versammlungsanzeigen (rote Karten) direkt an die gleiche Adresse einzusenden. Die Redaktion des Fachblattes befindet sich ab 1. Oktober in Nürnberg, Essenweinstraße 1, I.

Verlag und Redaktion.

Zur Beitragserhöhung.

II.

Für die neuen Beiträge wird den Mitgliedern an Unterstützungen bedeutend mehr geboten, als bisher. Allerdings bringt die Beitragserhöhung eine ganz andere Belastung der Mitglieder mit sich. An dieser Belastung werden besonders die Kollegen und Kolleginnen am empfindlichsten zu tragen haben, die zurzeit wegen der Geschäftsstodung nicht voll beschäftigt sind. Mit dem Hinweis darauf, daß aber auch zugleich die höheren Unterstützungen in vollem Umfange in Kraft treten, erwarten wir, daß diese Kolleginnen und Kollegen dieses Opfer auf sich nehmen. Durch Hinausschiebung des Inkrafttretens des Beschlusses des Verbandstages hat der Verband bewiesen, daß es sein Bestreben war, auf die schlechte Geschäftslage Rücksicht zu nehmen. Bei reiflicher Ueberlegung der Gründe, die zu der Beitragserhöhung führten, werden die Kolleginnen und Kollegen einsehen, daß eine weitere Hinausschiebung der finanziellen Reform des Verbandes nicht mehr möglich war. Andere Institutionen, die Krankenkassen, Invalidenversicherung usw., haben ebenfalls alle ihre Bezüge erhöht. Es ist nun an der Zeit, daß wir als Arbeiter unsere eigenen Kampf-Institutionen, die Verbände, unter denen wir unseren Lebensunterhalt erringen, auf eine kampffähige Höhe bringen.

Manchem Kollegen und mancher Kollegin mag auf den ersten Augenblick der Sprung von 1,50 Mk. auf 3,50 Mk. oder von 75 Pfg. auf 2,00 Mk., resp. 2,75 Mk. Beitrag pro Woche als zu hoch erscheinen. Das liegt aber daran, daß wir mit den bisherigen Beiträgen der Entwicklung der Geldwertverhältnisse bei weitem nicht Rechnung getragen haben und daß nun jetzt alles auf einen Schlag nachzuholen ist. Vor dem Kriege haben wir 65 Pfg. in der höchsten und 35 Pfg. in der niedrigsten Beitragsklasse (ohne Lokalzuschlag) gezahlt. Der Wochenbeitrag überschritt für viele damals einen Stundenlohn. Einen Stundenarbeitsverdienst mindestens als Wochenbeitrag festzusetzen, um auch immer mit den Verbandsleistungen auf der Höhe zu bleiben, wird heute von den meisten Verbänden als Voraussetzung angesehen. Unser Verbandstag in Würzburg 1918, der den Beitrag auf 50, 70 und 90 Pfg. festsetzte, ging damit auch damals noch über den tariflichen Mindeststundenlohn hinaus. Das gleiche Verhältnis auf die heutigen Tariflöhne angewandt, würde die neue Beitragserhöhung eigentlich noch nicht genügen, denn selbst in der Ortsklasse 5 ist für Arbeiter über 21 Jahre der Stundenverdienst höher als der neue Wochenbeitrag. Für eine ganze Anzahl Mitglieder wird der neue Beitrag demnach nicht einen ganzen Stundenlohn ausmachen. Auf dem Verbandstag wurde deshalb von verschiedenen Rednern die Beitragserhöhung als nicht weitgehend genug bezeichnet. Nach Abwägungen des Für und Wider und längeren Kommissionsberatungen hat der Verbandstag sich dann doch für die Beiträge in dieser Höhe entschieden.

Als außergewöhnlich hoch können diese Beiträge angesichts der allgemeinen Verhältnisse demnach nicht bezeichnet werden. Andere Verbände sind uns mit der Beitragserhöhung bereits vorangegangen. Der Holzarbeiterverband hat beispielsweise in der höchsten Beitragsklasse einen Wochenbeitrag von 5,00 Mark eingeführt und mit überwältigender Mehrheit ist dort die Beitragserhöhung in einer Urabstimmung angenommen worden. Auch kleinere Zahlstellen unseres Verbandes, die in der niedrigsten Tarifklasse sind, werden wie schon bemerkt, das Opfer der höheren Belastung tragen können. Es ist dies von dort auch schon deshalb zu erwarten, weil an den kleineren Orten gegen früher durch den Reichslohntarif die Löhne verhältnismäßig stark in die Höhe gebracht werden konnten. Den größeren Zahlstellen, deren örtliche Ausgaben für Verwaltung, an Beiträgen für Kartell und Arbeitersekretariat, sowie für Bildungszwecke der Betriebsräte ganz besonders gewachsen sind,

Und es möglich sein, neben dem Verbandsbeitrag noch einen entsprechenden Lokalzuschlag zu erheben.

Die Hauptlage wird angesichts der neuen Unterstützungen und der sonstigen gesteigerten Ausgaben eine äußerst sparsame Wirtschaft treiben müssen, um den Kampffonds zu stärken. Denn daß die Sachausgaben in der Verwaltung des Verbandes ganz enorm gewachsen sind, darüber ist sich wohl jedes Mitglied ohne besonderen Nachweis klar. Durch die hohen Papierpreise sind die Ausgaben für Mitgliedsbücher und Mitgliedskarten, für Formulare und dergleichen außerordentlich gestiegen. Das **Postporto** beim Versand verschlingt gegen früher ganz horrende Summen. Daß auch die Gehälter gegen früher einen erheblichen Mehraufwand erfordern durch ihre Aufbesserungen, ist ebenfalls in Betracht zu ziehen. Die Ausgaben der Bezirksleiter für Verwaltung und für **Eisenbahnfahrten** erfordern ebenfalls das Mehrfache wie früher. Die **Betriebsrätebewegung** mit ihren notwendigen und wichtigen Zusammenkünften macht für den Verband finanziell neue, doch sehr notwendige Ausgaben erforderlich. Insbesondere der **Druck und Versand des Fachblattes** kosten im Verhältnis zu früher ein Mehrfaches. Im zweiten Quartal 1914 hatten wir für das Fachblatt eine Ausgabe von 10 744 Mark zu bestreiten, im ersten Quartal 1920 betrug diese Ausgabe aber bereits 79 747 Mark. Allerdings ist die Auflage jetzt mehr als doppelt so hoch. Die Einzelnummer kostete uns in Druck und Versand damals etwa ¾ Pfennig, im ersten Quartal 1920 aber bereits 4½ Pfennig. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß das Fachblatt heute nur noch vierseitig erscheint, während es 1914 achtseitig herauskam. Außer den erhöhten Preisen für Druckpapier steigen noch immer die Preise für die übrigen Druckutensilien. So kosten z. B. heute 100 Kilogramm Notationsfarbe 780 Mark gegen nur 35 Mark im Jahre 1914; 100 Kilogramm Setzmaschinenmetall 1200 Mark gegen 30 bis 35 Mark Friedenspreis!

Das sind aber alles Ausgaben, die nicht vermindert werden können; wenigstens ist die Möglichkeit dazu vorerst nicht gegeben. Und aus diesen Gründen wäre es ausgeschlossen, mit den bisherigen Beiträgen weiter auszukommen. Wie schon mehrfach betont, muß es uns aber darauf ankommen, mehr Mittel als bisher für Kampfzwecke zurückzulegen.

Die Beitragserhöhung, wie sie jetzt zur Durchführung gelangt, trägt einem längst bestehenden Bedürfnisse Rechnung. Als der Verbandsvorstand, gestützt auf das Statut im Januar, die Erhöhung der Beiträge auf 0,75, 1,10 und 1,50 Mk. vornahm, hat sich kaum ein Widerspruch unter den Mitgliedern geäußert. Das kann nicht etwa so gedeutet werden, als hätten sich die Mitglieder fatalistisch in das Unvermeidliche geschickt. Wir haben hinreichend Erfahrungen in der Verbandsgeschichte, um zu wissen, daß unsere Kollegen gegen Maßnahmen, deren Berechtigung sie nicht anerkennen, sehr energisch zu protestieren verstehen. Das Ausbleiben jeden Einspruchs bewies vielmehr, daß die Kollegenschaft allgemein die Erhöhung der Beiträge für notwendig hielt. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Beitragserhöhung vom Januar in ihren Wirkungen ungenügend war. Viele Zahlstellen haben sich dadurch geholfen, daß sie zum Teil ganz namhafte Extrabeiträge zur Einführung brachten. An einzelnen Orten wurde bisher schon einschließlich Lokalzuschlag in der ersten Klasse ein Beitrag von 1,15 Mk., in der zweiten ein solcher von 1,70 Mk. und in der dritten Klasse ein solcher von 2,10 Mk. erhoben, um die erhöhten örtlichen Ausgaben ordnungsgemäß decken zu können. Auch in dieser Hinsicht muß die Beitragsreform wieder eine größere Stabilität in unser Kassenwesen bringen.

Die Notwendigkeit der Beitragserhöhung dürfte also diesmal langatmige Auseinandersetzungen nicht im Gefolge haben, denn die Gründe, die dazu geführt haben, sind zu durchschlagender Natur, als daß sie von der Hand gewiesen werden könnten. Im Gegenteil, auf dem Verbandstage selbst und aus einer Reihe von Zahlstellen kamen Anregungen und Ermahnungen an den Verbandsvorstand, doch nun endlich zu handeln und den neuen Bedürfnissen im Unterstützungswesen Rechnung zu tragen.

Deshalb darf von jedem Mitgliede, ob Kollegin oder Kollege, erwartet werden, daß es ernsthaft diese Frage würdigt. Es wird jeder zu der Ueberzeugung gelangen, daß die Beitragserhöhung notwendig war. Aber die Kraft der Organisation liegt nicht allein in gefüllten Kassen und der Zahl der Mitglieder; **noch weit wichtiger ist der Geist, der die Mitglieder beherrscht.** Nach dieser Richtung hin ist bisher auch jede Beitragserhöhung eine Art Barometer für die Ueberzeugungstreue gewesen. Aus früheren Zeiten ist noch in Erinnerung, daß einzelne Kollegen geringfügige Beitragserhöhungen zum Anlaß nahmen, um leichtfertig den Verband zu verlassen. Es ist so mancher Kollege und manche Kollegin in unseren Reihen, die es früher mit der Mitgliedschaft nicht sehr ernst genommen haben und die nun aber doch wieder von neuem beigetreten sind. Diese alte Leichtfertigkeit dem Verbande gegenüber, wieder auszutreten, darf sich nicht wiederholen. Das kann die Gesamtkollegenschaft als organisierte Körperschaft nicht mehr vertragen. Jene Kollegen haben ja durch den Beitritt zum Verband ihren früheren Fehler wieder gut gemacht und dabei muß es bleiben.

Es liegt heute klar zu Tage, daß wir die Erfolge, die errungen worden sind, nie erreicht hätten, wenn es nicht Tatsache wäre, daß die Arbeiterschaft in der Schuhindustrie fast restlos dem Verbande angehört. Deshalb ist es heute heiligste Verpflichtung, die Sache ernster aufzufassen und dem Verband die Treue zu bewahren. Wer heute Fahnenflucht begeht und damit sein eigenes Interesse verrät, muß sich der Gesamtheit gegenüber verächtlich machen. Es muß endlich die Zeit gekommen sein, daß die in ihrer Organisation zusammengefaßte Kollegenschaft in Freud und Leid, in Sturm und Not, in guten und schlechten Tagen opferbereit zusammenhält. Denn darin liegt das Geheimnis unserer Stärke, daß alles zusammensteht und die Lasten des Kampfes gemeinsam trägt. Unter festem Zusammenhalt haben wir die Erfolge der letzten Zeit errungen. Aber fortgesetzt erfährt die Lage der Arbeiterschaft immer wieder eine Verschlechterung. Wir brauchen ein einiges und geschlossenes Auftreten gegenüber der Unternehmerfront. Die schärfsten Kämpfe sind immer noch nicht hinter uns, sondern sie stehen uns noch bevor.

Die Beitragserhöhung soll unseren Verband leistungs- und kampffähiger gestalten. Sie soll bewirken, daß unser Verband gewappneter als bisher dem Gegner gegenübersteht. Wird dies in den Reihen der Mitglieder von allen Seiten anerkannt und wird über die Angelegenheit die nötige Aufklärung verbreitet, dann werden die Beschlüsse des Nürnberger Verbandstages im Interesse der Mitglieder eine fruchtbare Wirkung haben.

Die internationale gewerkschaftliche Aktion.

Die internationalen gewerkschaftlichen Beziehungen waren bis zum Ausbruch des Krieges recht loser und unverbindlicher Natur. Die Organisationsmöglichkeiten wie die Möglichkeiten des Wirkens der Organisationen waren in den einzelnen Ländern ebenso verschieden wie der Reifegrad der Arbeiterschaft. Selbst die Ansichten über die Art und Weise gewerkschaftlicher Arbeit waren sehr geteilt. So beschränkten sich die internationalen Beratungen der beruflichen internationalen Verbindungen wie der Internationale der interberuflichen Landeszentralen auf völlig unverbindlichem Austausch von Anregungen und die Praxis internationaler gewerkschaftlicher Beziehungen bestand bei vielen Organisationen fast ausschließlich in der gegenseitigen Aufrechnung der Unterstützungen, die an die von Land zu Land reisenden Mitglieder der nationalen Organisationen gezahlt wurden. Wenn es hoch kam, dann bemühten sich die internationalen Sekretariate um die Unterstützung einer in einem angeschlossenen Lande im schweren Kampfe stehenden Arbeiterschaft mit Geld und Sympathiekundgebungen oder durch Abwehr von Streikbruch. Zu internationalen Sympathiestreiks von Bedeutung kam es nicht. Die internationalen Verbindungen waren von keiner Seite als Instrumente der unmittelbaren Aktion gedacht.

Als der Krieg ausbrach, dachte niemand an die gewerkschaftliche Internationale. Von keiner Seite war ihr die Aufgabe gestellt worden, in das politische oder gar weltpolitische Geschehen aktiv einzugreifen. Man kann also auch nicht sagen, daß sie ihre Pflicht verletzt hat, indem sie es versäumte, diese ihr nicht gestellte Aufgabe zu erfüllen. Als das Versagen des politischen Zweiges der internationalen Arbeiterbewegung offenbar wurde, da war es zu spät. Jetzt hätte auch die gewerkschaftliche Internationale nichts mehr zu erreichen vermocht, selbst wenn sie es gewollt hätte und wenn die organisatorischen Voraussetzungen gegeben gewesen wären, die im Aufbau der Internationale völlig fehlten.

Aus diesen Umständen mag es zu erklären sein, daß die Gegensätze, die der Krieg auch innerhalb der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft der Welt aufgewühlt hat, nach Beendigung des Krieges verhältnismäßig leicht überbrückt werden konnten. Die Schuldfrage, die die politische Internationale zerrüttete, bestand hier nicht. Ueberall wurden die internationalen Verbindungen der einzelnen Gewerke sofort wieder aufgenommen und auch die allgemeine Gewerkschaftsinternationale wurde schnell wiederhergestellt oder, besser gesagt, neu begründet. Sie erhielt ihren Sitz in **Amsterdam**, in einem neutralen Lande.

Diese neue Gewerkschaftsinternationale entsteht in einem **völlig veränderten Milieu**. Die Arbeiterschaft befindet sich in allen Ländern in heftigster Bewegung und diese Bewegung ist überall im Urgrund ihres Wesens **revolutionär** im besten Sinne und auf die größte soziale und politische Umwälzung der Weltgeschichte, auf die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat gerichtet. Revolutionär ist die Bewegung auch dort, wo die Arbeiterschaft glaubt, das Ziel sei zu erreichen ohne Spieß und Flinte, oder wo sie die Anwendung gewaltsamer Mittel offen ablehnt. Das Proletariat in allen Ländern konzentriert seinen Willen stärker und stärker auf das eine letzte Ziel: **Die Steige-**

Feuilleton.

Die Eisenbahnfahrten der in Pirmasens beschäftigten auswärtigen Arbeiter.

In dem vom bayerischen statistischen Landesamt herausgegebenen Heft 93 finden sich interessante Feststellungen, welche auch die Pirmasenser Schuhindustrie berühren. Es ergibt sich danach, daß von den 6354 im Jahre 1913 beschäftigten Heimarbeitern mehr als zwei Drittel auf die Bezirksämter Pirmasens und Zweibrücken treffen. Wenn wir berücksichtigen, daß im Jahre 1913 — 1 Million Arbeiterkarten gelöst wurden gegenüber 120 000 im Jahre 1895, so müssen wir sagen, der Arbeiterverkehr hat sich mit der Zunahme der Industrie gewaltig entwickelt. Pirmasens nimmt unter den größeren Anziehungsstationen den letzten Platz ein. Es heißt darüber:

„Legen wir der Gruppierung die Arbeiterzahl der in den Städten ansässigen Betriebe mit mehr als 10 Arbeitern zugrunde so weist die geringste Dichtigkeit des Verkehrs Pirmasens auf, namentlich wenn man berücksichtigt, daß sich die Ziffer der gelösten Arbeiterfahrscheine zu zwei Fahrten zum größten Teil aus Heimarbeiterkarten zusammensetzt. Es darf indessen daraus nicht auf die geringe Bedeutung des auswärts wohnenden Arbeiters überhaupt geschlossen werden. Die Zuwanderungen spielen nämlich in Pirmasens eine größere Rolle als an jedem anderen pfälzischen Industrieort. Die Hauptursache dafür liegt in den ungünstigen Verkehrsverhältnissen. Pirmasens ist nur [illegible] mit der Hauptbahn [illegible] verbunden. Die Ortschaften südlich und östlich der Stadt sind auf primitivere Verkehrsmittel angewiesen. Die neue Bahn Biebermühle—Kaiserslautern hat für die Arbeiterversorgung von Pirmasens nur [illegible], ja sie entzieht ihm sogar mehr Arbeiter als sie ihm zuführt. Notwendig wäre vor allem die Erschließung des Geländes im Süden in der Richtung Bitsch.

Neun Zehntel der Pirmasenser Arbeiter sind in Betrieben der Schuhindustrie tätig, einem Industriezweig, der den Arbeitskräften durch Gründung von Zweigfabriken auf dem Lande nachgezogen ist und zum größten Teil mit weiblichen und jugendlichen Arbeitern auskommt, für die sich die Bahnwanderung wenig eignet. Nur 64,0 von 100 Fabrikarbeitern treffen auf erwachsene Männer. Die Dichtigkeit der Zehnerbetriebe, verglichen mit der Bevölkerungsziffer, ist an und für sich sehr groß, z. B. wesentlich größer als in Ludwigshafen. Die Arbeiterzuwanderung leidet unter den hohen Wohnungsmieten, die in der Pfalz nur von Ludwigshafen übertroffen werden. Trotzdem gelang es den älteren und wichtigeren Unternehmungen, sich einen Stamm von Arbeitern in der Stadt selbst zu sichern. Die drei entwickeltsten Pirmasenser Schuhfabriken waren kurz vor dem Kriege nach ihren eigenen Angaben mit 10,8 Prozent Bahnwanderern und insgesamt 23,7 Prozent auswärtigen Arbeitern durchsetzt. Die übrigen Betriebe dürften in höherem Maße auf fremde Arbeiter angewiesen sein. Für 5 Mittelbetriebe mit zusammen 395 Arbeitern stellte sich z. B. der Prozentsatz der Bahnarbeiter auf 15 Prozent, der der auswärtigen Arbeiter im ganzen auf 26,1 Prozent. Das Einzugsgebiet von Pirmasens erstreckt sich in der Hauptsache auf die östlich gelegenen Orte an der Bahnlinie nach Landau und neuerdings auch auf die Stationen an der Nebenbahn Biebermühle—Kaiserslautern. Hier hat Pirmasens keine erhebliche Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, während an den westlichen Stationen der Hauptbahn mit der Annäherung an Zweibrücken die Anziehungskraft dieser Industriestadt stärker wird. Die meisten Arbeiter empfängt es von

Biebermühle in 9 Kilometer Entfernung mit 3867 Arbeiter- (im Jahre 1913) und 28 Monatskarten.

Thaleischweiler in 10 Kilometer Entfernung mit 3732 Arbeiterkarten und — Monatskarten.

Rodalben in 11 Kilometer Entfernung mit 5143 Arbeiterkarten und 53 Monatskarten.

Dellfeld in 20 Kilometer Entfernung mit 2012 Arbeiterkarten und — Monatskarten.

Der Heimarbeiterverkehr ist in diesen Ziffern nicht enthalten. Sämtliche Orte haben eine nicht unbedeutende eigene Industrie (Schuhbranche). Trotzdem lockt das höhere Lohnniveau von Pirmasens die Arbeiter an. Der Verkehr vollzieht sich fast ausschließlich als Tageswanderung, also an einem Tage hin und zurück. Die Wochenwanderung nach Pirmasens ist trotz der gelösten 13 658 Rückfahrkarten verschwindend gering. Es handelt sich hier, wie bereits erwähnt, um einen Verkehr der hausindustriellen Schuharbeiter der Nachbarschaft; die Hausindustrie (auch die der Umgebung) spielt selbst für die Produktion der größten Pirmasenser Schuhfabriken eine Rolle. An den Wechselverkehr ist die Stadt nicht angeschlossen.

Der tarifmäßigen Entfernung nach muß Pirmasens ziemlich weit greifen. Es hängt dies mit der wenig günstigen Bahnlage der Stadt zusammen, nach der die Arbeiter aus Orten an der Hauptbahn Landau—Zweibrücken im Winkel zu ihrer Arbeitsstelle fahren müssen. 9,8 Prozent der Karten (die Rückfahrkarten aus Entfernungen unter 20 Kilometer (Heimarbeiterkarten) sind hier und bei den anderen großen Anziehungsstationen nicht berücksichtigt), sind auf Entfernungen von mehr als 20 Kilometer gelöst und noch 2,4 Prozent treffen auf die Strecken über 30 Kilometer.

Die Tabelle der monatlichen und vierteljährlichen Schwankungen des Arbeiterverkehrs zeigt Pirmasens als Industrieort mit überwiegendem Winterverkehr (Spannung zwischen den beiden Halbjahren 5,6 Prozent), der bei gleichmäßiger industrieller Beschäftigung während des ganzen Jahres noch deutlicher hervortreten würde. Trotzdem ist die Saisonwanderung wegen des hohen Alters der Industrie gänzlich unbedeutend. Die Zunahme im Win-

rung des Einflusses der Arbeiterklasse auf die Staatsgewalt mit dem Ziel der Eroberung der politischen Macht. Alle Einzelaktionen und ihre Bedeutung beurteilt die Arbeiterschaft danach, inwieweit sie diesem Ziel dienen. Nichts darf geschehen, das den Weg zum Ziel verlängern könnte, alles muß getan werden, was ihn abzukürzen vermag. Darin liegt der revolutionäre Charakter der gegenwärtigen politischen Situation in der ganzen Welt und des Kampfes der Arbeiterklasse. Dieses ist das geistige, soziale und politische Milieu, in dem die neue Gewerkschaftsinternationale ihre ersten Schritte tut. Mit dem fortschreitenden revolutionären Kampfe und der fortschreitenden Selbstbestimmung des durch den Krieg in mancherlei Hinsicht geistig verwirrten Proletariats wächst und vereinheitlicht sich der revolutionäre Wille des Proletariats. Die Arbeiterklasse stellt an ihre Organisationen, auch an die gewerkschaftlichen, die Forderung, daß sie diesem Willen dienen mögen. Sie stellt an die Gewerkschaften vor allem das Verlangen, daß sie in revolutionärem Kampfe nicht abseits stehen — unter dem Vorgeben, es sei ein politischer Kampf —, sondern daß sie ihre Aktionen nach Möglichkeit verbinden mit dem allgemeinen Strom der Revolution, daß sie ihre Taktik einrichten nach dem Bedürfnis der revolutionären Situation. Und die Einwirkung dieser wachsenden, fester und fester werdenden Energie der Arbeiterklasse machen sich am Geist und Handeln der Gewerkschaften bereits bemerkbar.

Auch die Internationale in Amsterdam vermag sich diesen Einwirkungen nicht zu entziehen, selbst wenn sie wollte, was zu unterstellen wir keinerlei Anlaß haben. Sie ist ihnen gefolgt, indem sie zum Boykott gegen Ungarn aufrief und indem sie die Sperre über Polen verhängte, um Sowjetrußland zu schützen. Diese Aktionen sind ausgesprochen politischer Natur.

Aber die Gewerkschaftsinternationale muß sich darauf beschränken, die Parole und dazu höchstens einige allgemeine Direktiven auszugeben. Die Ausführung der Aktion muß den einzelnen Ländern überlassen bleiben und ihre Praxis wird sich richten nach der Lage der Verhältnisse in ihnen, nicht zuletzt nach der Macht der Organisationen und nach der Größe ihres Einflusses auf die Staatsgewalt. Das alles das in den einzelnen Ländern sehr verschieden ist und eine ganz verschiedenartige Taktik erfordert, dürfte jedem klar sein. Wir sehen ja bei uns, wie die ganze bürgerliche Meute bellt, weil unsere Transportkontrolle die „Staatsautorität erschüttert". Wichtiger aber noch als Macht und Einfluß der Organisationen sind der Wille, Energie und Intelligenz der Arbeiter, von denen man ebenfalls nicht sagen kann, daß sie in den verschiedenen Ländern der Internationale gleichartig sind. Trotzdem wird ein energisches Vorangehen der Internationale als ein mächtiger Faktor des Anstoßes und der Ausführung der Action wirken.

Weit näher einem nach einheitlichen Gesichtspunkten organisierten internationalen Vorgehen zur Erreichung bestimmter, für alle Beteiligten verbindlicher Beschlüsse kommt die Bergarbeiterinternationale. Sie hat auf ihrem Genfer Kongreß im August einige Beschlüsse von weittragender Bedeutung gefaßt. Sie verpflichten die angeschlossenen Landesorganisationen zur Durchführung der Sozialisierung des Bergbaus, der Sechsstundenschicht und sie proklamieren den Generalstreik im Falle des Krieges.

Die Resolution über die Sozialisierung geht in ihrer Formulierung weit hinaus über die Art eines Bekenntnisses, eines Manifestes für die Idee, was bisher fast immer der wesentliche Zug von Resolutionen, besonders von internationalen Resolutionen war. Sie gibt ganz bestimmte Anweisungen über die Durchführung des internationalen Kampfes um die Sozialisierung, sie legt den angeschlossenen Organisationen bindende Verpflichtungen auf. Nachdem die Entschließung die Länder verpflichtet hat, endgültig für die „Nationalisierung oder Sozialisierung" einzutreten, gibt sie dem Sekretär jeder angeschlossenen Landesorganisation die Anweisung, „dem internationalen Bureau (der Bergarbeiter)" in jedem Vierteljahr über die Fortschritte, die in jedem Lande zur Erreichung dieses Zieles gemacht wurden, Bericht zu erstatten. Ferner sagt die Entschließung, der internationale Bergarbeiterausschuß habe sich im Verlauf von zwei Monaten nach Schluß des Genfer Kongresses zu versammeln, um erneut den Stand der oben umrissenen Forderungen in jedem Lande zu prüfen.

Hier wird, wohl zum ersten Male, der Versuch gemacht, den internationalen Kampf planmäßig zu gestalten, zu organisieren und schrittweise in allen Ländern zugleich vorwärts zu treiben. Es kommt darauf an, daß sich die Mitglieder der Organisationen der Bedeutung und Wesensart solcher Beschlüsse bewußt werden, damit sie die Durchführung überwachen und säumige Vorstände an ihre eingegangenen Verpflichtungen erinnern. Alle verfügbaren Mittel sollen nach der Revolution zur Durchführung des Planes angewandt werden, auch der internationale Generalstreik. Die planmäßige Vorarbeit, die, wie wir sehen, im Sinne der Resolution liegt, soll die Situation wie die Kampftruppen in jedem Lande reif machen und den günstigen Augenblick zur gemeinsamen Aktion entweder herbeiführen oder ermitteln. Hier haben wir etwas im Wesen Neues und Eigenartiges vor uns.

Der Kampf, den die Bergarbeiter der Welt zu führen unternommen haben, ist aber nicht nur ein Kampf gegen das Grubenkapital. Alle diese Forderungen treffen in das Machtzentrum der Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Der Kampf der Bergarbeiter wird ein Kampf gegen die Staatsgewalt des Klassenstaates sein.

Und dazu ist er ein internationaler Kampf, beruhend auf fest gesicherter internationaler Solidarität. Internationale Solidarität ist nur möglich, wenn sich die Organisation aller Länder völlig getrennt haben von den nationalen Kapitalistenklassen, wenn sie jedes Kompromiß mit ihnen vermeiden. Sobald sich die Arbeiterschaft des einen oder anderen Landes der Kapitalistenklasse und ihre Interessen irgendwie verbunden fühlt, übertragen sich die nationalen Gegensätze der Bourgeoisie auf die internationale Arbeiterklasse und ihre Organisationen und die internationale Solidarität schwindet dahin, wie einst im August 1914. Darum müssen wir von den Gewerkschaften, um sie reif zu machen für die internationale Aktion, verlangen, daß sie aller Harmonietendenzen entsagen und sich unbekümmert zum unbedingten Klassenkampf bekennen.

Und weiter. Aktionen dieser Art sind nur zu führen von der Masse selbst. Von der Masse, die nach ihrem Ermessen über sich selbst bestimmt, die auf den Kampf vorbereitet ist und ihn in der entscheidenden Stunde beschließt und dann erst in den Kampf geht. In solchem Ringen halten nur freie, bewußte Menschen aus, die aus Ueberzeugung in den Kampf gehen, nicht Heloten ohne Recht, die von der Geißel einiger Diktatoren in den Kampf getrieben werden. Nicht Moskau vermag solche Kämpfe zu führen, sondern Amsterdam ist im Begriff, reif für sie zu werden, wenn wir uns unausgesetzt bemühen, die Massen auf das Kommen, auf die Notwendigkeit und auf die Bedingungen solcher Kämpfe hinzuweisen.

---

ter hängt hauptsächlich mit der bereits erwähnten Verkehrslage der Station Nodalben zusammen.

Eine regelmäßige und einigermaßen beträchtliche Arbeiterwanderung von Pirmasens aus besteht trotz der 1560 Wochenkarten, die durch die Statistik ausgewiesen werden, nicht; es handelt sich hier hauptsächlich um die in der Stadt gelösten Karten von ländlichen Arbeitern.

Im Kriegsjahr 1917 hat der Arbeiterverkehr nach Pirmasens entsprechend dem durch den Krieg bedingten starken Rückgang der Beschäftigung in der Schuhindustrie abgenommen. Diese Abnahme beträgt für die Gesamtzahl der Arbeiterkarten 26,5 Prozent, für die Wochenkarten allein 18 Prozent. Um diese besonders bei den Wochenkarten relativ geringe Minderung zu verstehen, muß berücksichtigt werden, daß die kleineren Fabriken auf dem Land ungleich mehr unter dem Kriege und unter den Zwangsmaßnahmen des Reiches litten als die Pirmasenser Großbetriebe; ein Teil der vorher in ländlichen Unternehmungen tätigen Arbeiter suchte und fand jetzt in der Stadt Beschäftigung. Der Rückgang beschränkt sich in der Hauptsache auf die gegen Zweibrücken gelegenen Stationen, wie Contwig, Dellfeld, Rieschweiler, Thaleischweiler und auf die Stationen an der Linie nach Kaiserslautern, wie Burgalben und Waldfischbach, die bekanntlich während der verflossenen Hochkonjunktur alle wieder Pirmasens aufsuchten. Die Kriegsindustrie von Zweibrücken und Kaiserslautern war hier zugkräftiger. Die Verteilung der Wanderung nach der Entfernung zeigt eine Verringerung des prozentualen Anteils der Zone 11—20 Kilometer und eine fast gleich starke Vergrößerung desjenigen der Zone 21—30 Kilometer. Die durchschnittliche Fahrstrecke wird dadurch größer, ohne daß eine wesentliche Erweiterung des Einzugsgebietes der Entfernung nach stattgefunden hätte. Der Teil der Arbeiter aus den näher gelegenen Dörfern, der jetzt in Kaiserslautern und Zweibrücken tätig ist, fehlt; dadurch wachsen die Verhältniszahlen für die höheren Entfernungszonen.

Die auswärts wohnhaften Arbeiter werden fast ausschließlich in der Schuhindustrie beschäftigt. Die Zahl der Bahnarbeiter ist gering (11).

Gegenüber der ersten pfälzischen Industriestadt Ludwigshafen mit ihren 297 443 Arbeiterkarten und ihrem 37,7 Prozent Anteil am pfälzischen Gesamtverkehr, sind die obigen Zahlen klein. Ludwigshafen beschäftigt eben verhältnismäßig mehr Arbeiter von auswärts und diese können alle die Bahnen benutzen.

Betriebsobleute.

Die Organisation der Betriebsräte auf Grund des Betriebsrätegesetzes umfaßt nur Betriebe von über 20 Arbeiter, für Betriebe unter 20 Arbeiter, aber nicht weniger als fünf wird anstelle des Betriebsrates ein Obmann gewählt, welcher die gleichen Funktionen wie ein Betriebsrat zu erfüllen hat.

Hiebei ist jedoch noch folgendes zu beachten. Das Betriebsrätegesetz hat die Wahl des Obmannes in den kleinsten Betrieben ganz unnütz erschwert. Soll z. B. in einem Betriebe mit 5 Arbeitern der Obmann gewählt werden, so müssen von den 5 Arbeitern zwei mindestens 18 Jahre alt sein und drei 24 Jahre. Die Wahl des Obmannes, der 24 Jahre alt sein muß, ist von den 3 Arbeitern, die dieses Alter haben, zu wählen. Um gewählt werden zu können, muß er aber 6 Monate im Betriebe und 3 Jahre in dem Berufe tätig sein. Durch diese einschränkenden Bestimmungen gehen einer ganzen Anzahl Betriebe die Rechte der Wahl des Obmannes verloren.

Soll also, so schreibt der „Gastwirtsgehilfe", in einem Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten ein Betriebsobmann gewählt werden, dann müssen neben zwei Arbeitnehmern, die 18 Jahre alt sind, noch drei weitere Arbeitnehmer vorhanden sein, die mindestens 24 Jahre alt sind und bei denen die schon angeführten Voraussetzungen der Wählbarkeit vorliegen. Wenn z. B. in einem Betriebe von 19 Beschäftigten nur zwei wählbar sind, so hält der Betrieb keine gesetzliche Betriebsvertretung. In vielen Fällen wird daher das Kleingewerbe, welches im Gastwirtsgewerbe noch überwiegt, keine Betriebsvertretung erhalten, zumal, da in den Kleinbetrieben noch vielfach Familienangehörige beschäftigt werden, die nach dem Betriebsrätegesetz nicht wahlberechtigt sind.

Angesichts der großen Zahl von Betrieben im Gastwirtsgewerbe, die keine gesetzliche Vertretung erhalten, erwächst der Organisation die Verpflichtung, dem Betriebsvertrauensmannsystem die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Vervollkommnung des Betriebsvertrauensmannsystems bleibt weiterhin eine wichtige Aufgabe der Organisation. Der Betriebsvertrauensmann muß seine mannigfachen wichtigen Aufgaben und Funktionen erfüllen, ohne eine formale gesetzliche Grundlage zu haben.

Die Tätigkeit, die Rechte und die Pflichten des Betriebsobmannes sind folgende: Nach § 78 des B.-R.-G. hat der Betriebsobmann darüber zu wachen, daß die zugunsten der Arbeitnehmer erlassenen gesetzlichen Vorschriften und maßgebenden Tarifverträge, Schiedssprüche der Schlichtungsausschüsse usw. eingehalten werden. Damit ist die Durchführung der ganzen Arbeiterschutzgesetzgebung — die in der Gewerbeordnung, zahlreichen Nebengesetzen und noch zahlreicheren Verordnungen des früheren Bundesrats niedergelegt sind, zurzeit auch die Verordnungen der Demobilmachungsbehörden — unter Kontrolle des Betriebsobmannes gestellt. Auch hat der Betriebsobmann bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitzuwirken, das heißt: Wo tarifliche Verhältnisse nicht bestehen, im Benehmen mit den Gewerkschaften solche durchzuführen. Ferner Regelung des Urlaubswesens; Ueberwachung der Lehrlingsausbildung; Erledigung von Beschwerden über Behandlung und Nichtgewährung der gesetzlichen Arbeitszeit und der freien Tage; Vereinbarung neuer Arbeitsordnungen, welche, ohne das sie dem Betriebsobmann vorgelegt, keine Gültigkeit haben. Ebenso hat der Obmann zu sorgen für die im Betriebe beschäftigten Kriegs- und Unfallbeschädigten, insbesondere für eine ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, dem Betriebsobmann die Lohnbücher der Arbeitnehmer zur Einsicht vorzulegen und vierteljährlich einen Bericht über die Lage und den Gang des Betriebes zu erstatten. Bei Unfalluntersuchungen, die von beamteten Personen vorgenommen werden, ist der Betriebsobmann hinzuzuziehen.

Dem Betriebsobmann steht nach dem Betriebsrätegesetz kein Recht auf Teilnahme an Aufsichtsratssitzungen, auf Vorlage einer Betriebsbilanz, auf Einrichtung einer Sprechstunde innerhalb der Arbeitszeit zu. Auch sonst enthält das Gesetz noch Einschränkungen der Rechte der Obleute. Die Arbeiter der kleinen Betriebe sind dadurch in der Wahrnehmung ihrer Interessen stark benachteiligt.

Selbstmord der Innungsmeister.

Da in unserem Berufe jetzt eine Krise herrscht, wie sie noch nie da war, lohnt es sich, auf einige Begleiterscheinungen derselben, welche schon oftmals vorausgesagt wurden, daß die Unternehmer eine solche Zeit für ihre Zwecke ausnutzen würden, einzugehen. Solche Tatsachen werden natürlich in vielen Zahlstellen vorkommen, weshalb es angebracht ist, an dieser Stelle dieselben einmal näher zu beleuchten. Die Kollegen unserer Zahlstelle stellten in der Generalversammlung am 3. Mai d. J. einen Antrag von 50 Proz. Lohnerhöhung auf den bisherigen Lohn, von 3,25 Mk. in der ersten und 3,00 Mk. in der zweiten Klasse. Nach Einreichung derselben an den Innungsvorstand lehnte dieser jegliche Verhandlung ab. Unsere Kollegen beschlossen in einer weiteren Versammlung, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Die Ortsverwaltung unternahm das und es fand nach einigen Wochen, am 6. Juli, die Verhandlung statt. Der Innungsvorstand versuchte seine Haltung zu rechtfertigen. Um den Anschein zu erwecken, daß sie gewillt seien, die Preise abzubauen, wies der Obermeister nach, daß für die Schuhmacher kein Stundenlohn in Frage kommt, sondern fast alle im Akkord arbeiten, wo für ein Paar Böden eine Zeit von 13 Stunden berechnet ist, im Durchschnitt aber in zehn bis elf Stunden gut hergestellt werden können. Diese Ansicht fand Anklang bei den Leuten im Schlichtungsausschuß, die ja von dieser Arbeit keine Kenntnis haben können, da sie nicht fachkundig sind. Es wurde ein Schiedsspruch von 20 Prozent Aufschlag auf den bisherigen Lohn gefällt. Auch diesen lehnten die Innungsmeister ab. Unsere Ortsverwaltung hat den Schiedsspruch dem Demobilmachungskommissar übergeben, welcher die Rechtsverbindlichkeit erklären soll. Dadurch würde jeder Meister, der sich weigert, den Zuschlag zu zahlen, durch Anrufung eines Gerichts dazu gezwungen. Es ist Pflicht der Kollegen, jeden einzelnen Fall der Ortsverwaltung zu melden, damit sie die nötigen Schritte unternimmt. Dann werden die Herren erkennen lernen, daß das Herr-im-Hause-spielen aufgehört hat.

Hieraus geht hervor, daß den Herren Meistern, die in jedem zweiten Worte dafür sorgen, das Handwerk zu

heben, alles gleich ist, welche Mittel sie anwenden, um ihre Arbeitnehmer zu drücken. In diesem Falle aber fielen sie selbst in die Grube, die sie ihrem Gegner graben wollten. In allen ihren Preisberechnungen ist eine Arbeitszeit von 14—15 Stunden zugrunde gelegt. Der Obermeister aber konnte feststellen, daß in zehn bis elf Stunden diese Arbeit gut hergestellt werden kann; damit hat er seine Kollegen als Wucherer bezeichnet oder sie beweisen ihre Schnelligkeit damit, daß sie für das Lederausschneiden die Hälfte Zeit gebrauchen, welche für den ganzen Boden herzustellen notwendig ist. Daß sie den Gesellen eine längere Arbeitszeit, die im Tarif mit dreizehn Stunden angesetzt ist, zugestehen, glaubt ihnen ja niemand. Daraus ist zu ersehen, wie wichtig die Zeitberechnung ist; denn wenn festgestellt werden sollte, wie weit die Aussagen des Obermeisters zutreffen, so würden 95 Proz. aller arbeitenden Gesellen und Meister (ausgenommen sind alle diejenigen, welche nur vom Schweiße ihrer Mitmenschen leben, denn die sind in der Regel die schnellsten Arbeiter) als Faulenzer und Bummler bezeichnet werden können, da sie fast alle nur drei Viertel von dem leisten, was sie gut könnten. Unsere Aufgabe ist also, den Herren zu beweisen, daß Lügen kurze Beine haben. Wir werden uns aber vorbehalten, die Oeffentlichkeit vom Sachverhalt zu unterrichten, wer in Wirklichkeit die Nutznießer sind. Vielleicht werden die Herren noch erkennen müssen, daß sie Selbstmord begangen haben. Wir werden ihnen in der Folge scharf auf die Finger sehen.

Erich Gand-Magdeburg.

„Christliche" Selbstentmannung

Auf dem Verbandstage des christlichen Metallarbeiterverbandes, der in Essen tagte, hat dessen Vorsitzender, Wieber, nach dem Paderborner „Westfälischen Volksblatt" u. a. sich folgende Redeblüte geleistet:

„Die christliche Arbeiterschaft hat von jeher auf dem Boden der monarchistischen Staatsverfassung gestanden. Der Redner forderte sodann den Abbau der Preise auf allen Gebieten. Er ermahnte die Arbeiterschaft, mit den fortgesetzt sich steigernden Lohnforderungen ein Ende zu machen. **Die Arbeiterlöhne sind heute den Verhältnissen entsprechend ausreichend bemessen;** die fortdauernde Lohnschraube ruiniere die Arbeiter und das deutsche Wirtschaftsleben. Wir können, so fährt Redner fort, den Achtstundentag heute nicht ertragen. Eine erheblich vermehrte Arbeitszeit ist das Gebot der Stunde." — Nach diesen Ausführungen sprach Gewerberat Schnöpf, der die Ausführungen mit lebhafter Freude begrüßte (!) und sein Erstaunen ausdrückte, hier eine solche Sprache zu hören.

Letzteres wollen wir gern glauben. Wir wollen den Aeußerungen jenes christlichen Arbeiterführers hier nur eine Aeußerung entgegenstellen, die wir einem Unternehmerblatte, der „Frankfurter Zeitung", entnehmen. Dieses Blatt schrieb dieser Tage:

„Es ist keine Uebertreibung, wenn man feststellt, daß heute nur ganz besonders bevorzugte Arbeitnehmer in Deutschland in der Lage sind, über die mehr oder weniger genügende Ernährung hinaus noch Geld für Anschaffung aufzubringen. Das hat neulich sogar ein Unternehmerverband, derjenige der Schuhfabrikanten, anerkannt, als er vor einem sofortigen Lohnabbau selbst für den Fall einer mäßigen Preisermäßigung warnte, da erst dann die Arbeiter die seit Jahr und Tag vernachlässigte Kleidung ergänzen könnten. Und wie es in dieser Beziehung hinter den Kulissen oder besser gesagt mit den Unterkleidern aussieht und zwar nicht nur bei den Handarbeitern, das wissen am besten die Aerzte. Wenn man von besonders bevorzugten Klassen, wie etwa jugendlichen Arbeitern und Angestellten beiderlei Geschlechts oder Familien mit erwachsenen, also voll mitverdienenden Kindern absieht, so sind diese Bestände schon ungenügend gewesen, als noch die Industrie voll arbeitete. Inzwischen aber ist notorisch in vielen Gewerben die Arbeitszeit von 48 bis 44 auf 30 bis 32 Stunden und damit automatisch der Lohn um ein gutes Drittel verkürzt worden. Nun kommt gerade in diesem Augenblick der zehnprozentige Steuerabzug, dessen ethische und erzieherische Berechtigung an und für sich ebenso wenig bestritten werden soll wie seine fiskalische und wirtschaftliche Notwendigkeit. Der Arbeiter, der im April mit 250 Mk. Wochenlohn noch nicht einmal seine Amortisationsquote decken konnte, soll jetzt mit 160 Minus 16 gleich 144 Mark zu Streich kommen."

In Unternehmerkreisen selbst hat man ein Einsehen, daß die Lage des Arbeiters einfach eine weitere Verschlechterung nicht mehr verträgt. Was soll man demgegenüber aber zu jener „christlichen" Selbstentmannung sagen? Da kann täglich nachgewiesen werden, daß ganz andere Gründe als die Lohnaufbesserungen die Teuerung heraufbeschworen haben: Die christliche Organisation findet die Löhne „als ausreichend bemessen"! Da mag von Woche zu Woche das Arbeitseinkommen des Arbeiters Abstriche erfahren, der „christlich" organisierte Arbeiter nimmt das Joch auf sich, wie der Ochse, der den Pflug zieht, nur mit dem Unterschied, daß dies hier freiwillig geschieht. Ist es nicht am Platze, hier den Vers von Viktor Hugo zu zitieren: „Ein alter Instinkt des Menschen führt zur Schändlichkeit"?

Und dazu organisiert man die Arbeiter in christlichen Organisationen. Werden diese nicht bald am eigenen Widersinn zugrunde gehen? Wie lange noch werden sich Arbeiter finden, die sich dazu hergeben, sich für solche Zwecke mißbrauchen zu lassen?

Aus unserem Beruf.

Zahl der Arbeitslosen in der Schuhindustrie. Die regelmäßige monatlich Arbeitslosenzählung im Schuhmacherverband ergab Ende August 9665 gänzlich Arbeitslose bei einer Mitgliederzahl von 90 489, das sind 10,7 vom Hundert. Ende Juli sind 16 210 gleich 18,9 Prozent der Mitgliederzahl an Arbeitslosen festgestellt worden. Obschon die Arbeitslosenziffer demnach im Abflauen begriffen ist, übertrifft sie doch bei weitem noch die Durchschnittsziffer aller Verbände, die Ende Juni sich auf 3,9 bezifferte. Die Arbeitslosigkeit in der Schuhindustrie ist demnach immer noch unerhört hoch.

An der Berichterstattung waren diesmal 304 Zahlstellen des Verbandes beteiligt. (Die übrigen Ortsverwaltungen haben es ihrem Verhalten zuzuschreiben, daß wir sie hier an den Pranger stellen müssen; trotz Mahnung gingen Berichte nicht, oder nicht rechtzeitig ein aus: Bautzen, Bisingen, Crefeld, Forth i. B., Heidelberg, Haßloch, Kirchberg, Neustadt a. B., Offenbach und Pfäffingen; wiederholt haben nicht berichtet: Anklam, Böblingen, Bruchsal, Bonn. Celle, Coburg, Dieringhausen, Detmold, Düren, Ebingen, Eggenfelden, Elberfeld, Gelsenkirchen, Gommern, Hohenstein-Ernstthal, Kamen i. W., Kamenz i. Sa., Kandel, Kirchheimbolanden, Königsee, Lugau, Landshut (Bay.), Naumburg a. S., Neumünster, Neustettin, Neustadt (O.-Schl.), Oeynhausen, Peitz, Rosenheim, Schweidnitz, Tilsit, Tübingen und Weil der Stadt. Von den im Sperrdruck hervorgehobenen Orten ging die Karte noch ein, aber so verspätete, daß sie nicht mit berücksichtigt werden konnte.

Wir hoffen, daß wir nicht genötigt sein werden, die Bevollmächtigten, die ihren Posten nicht ausfüllen, wie es sich gehört, auch noch namentlich zu veröffentlichen. Wir die Karte rechtzeitig am Zähltage abgesandt, dann kann sie aus der weitesten Entfernung bis zum fünften des darauffolgenden Monats beim Vorstande einlaufen, und weitere Mahnungen und Portoauslagen sind dann nicht erforderlich.

Gewerkschaftskampf und Wissenschaft.

Die Lage des Arbeitsmarktes in der sächsischen Schuhindustrie. Nach den Ermittelungen des sächsischen Landesamtes für Arbeitsvermittlung kommt der allgemeine Rückgang des Wirtschaftslebens in Sachsen infolge seiner überwiegend industriellen Entwicklung und der zahlreichen auf die Ausfuhr eingestellten Spezialindustrien starker als in den übrigen deutschen Landesteilen zum Ausdruck. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen, die Mitte Juni 75 281 betrug, ist bis Mitte Juli auf 100 745 gestiegen. Besonders stark hat die Zahl der weiblichen Erwerbslosen sich vermehrt. In den meisten Industrien wird mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet, vielfach kann durch diese Betriebseinschränkungen aber auch nur einem Teil der Arbeiter Beschäftigung gegeben werden. Es ist mit einer weiteren Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu rechnen, da die Lager überfüllt sind und neue Aufträge nicht eingehen. — Im Bekleidungsgewerbe hat sich die unhaltbare Lage für Schuhmacher verschärft. Die Dresdener Schuhfabriken liegen still. In Leipzig haben von sieben Betrieben vier ihre Tätigkeit eingestellt. In Zwickau wurden durch Stillegung 100 Schuhmacher erwerbslos. Aus Meißen wurden gleichfalls 100 erwerbslose Schuhmacher gemeldet.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß f. die Woche v. 20. Sept. bis 25. September der 39. Wochenbeitrag fällig ist.

Auf Grund des § 6 Abs. 1 des Statuts wurde folgenden Zahlstellen die Erhöhung, bezw. Einführung von Extrabeiträgen genehmigt:

Bunzlau. Vom 1. Oktober ab 30 Pfg. pro Woche und Mitglied.

Schw.-Gmünd. Vom 1. Oktober ab: Männliche Mitglieder 20 Pfg., weibliche Mitglieder 10 Pfg. pro Woche und Mitglied.

Frankfurt a. M. (Anlieb verspätet). Ab 1. Juli pro Woche und Mitglied 50 Pfg.

Goslar. Vom 1. Oktober ab 10 Pfg. pro Woche und Mitglied.

Offenbach. Vom 1. Oktober ab 50 Pfg. pro Woche und Mitglied.

Spandau. Von 1. Oktober ab 30. Pfg. pro Woche und Mitglied.

Soltau. Vom 1. Oktober ab 10 Pfg. pro Woche und Mitglied.

Die Mitglieder genannter Zahlstellen machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtbezahlung dieser Lokalbeiträge die Folgen des § 8 Abs. a nach sich zieht.

Nürnberg, den 18. September 1920.

Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

Berlin. Die Beiträge inkl. Lokalzuschlag betragen von jetzt ab:

Beitrag inkl. Lokalzuschlag	1	Klasse	4.— Mk.
„ „ „	2.	„	3.25 „
„ „ „	3.	„	2.25 „
„ „ „	4.	„	1,10 „

Hirschberg (Schl.) Sonntag, den 26. September 1920, vormittags 9 Uhr im Gasthof zum Hochstein, Marktstr. 23 Monatsversammlung. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Tagesordnung: Lohnbewegung und Verschiedenes. Mitgliedsbücher mitbringen.

Soest i. W. In der Schuhfabrik Gebr. Jurwonne stehen die Kollegen im Streik weil der Fabrikant keine Arbeiter beschäftigt, die um den Mindest-Tariflohn klagen. Zuzug ist fernzuhalten.

Versammlungs-Kalender.

Mitglieder-Versammlungen.

Altenburg. Montag, den 27. September, abends 7 Uhr im Gewerkschaftsheim, Hillgasse 4.

Bremen. Montag, den 4. Okt., abends 7½ Uhr pünktlich im „Gewerkschaftshaus", Faulenstraße 58/60.

Düsseldorf. Montag, den 27. Sept., abends 8 Uhr, im „Volkshaus".

Eisleben. Sonntag, den 26. Sept., frühmorgens 10 Uhr Versammlung im Lokal Hessel.

Gera. Jeden zweiten Montag im Monat bei Rich. Michel, Greizerstr.

Hirschberg i. Schl. Sonntag, den 26. September, vorm. 9 Uhr im „Gasthaus zum Hochstein", Markt 23.

Karlsruhe. Montag, den 27. September, abends 8 Uhr im Restaurant „Zum Schildbürger", Baumeisterstraße 16/18.

Zwickau. Montag, den 27. Sept., nachmittags 5 Uhr Versammlung im „Brauer-Schlößel", Schloßstr. 2.

Schneeberg. Montag, 27. September, abends 8 Uhr im Restaurant „Daheim", Bahnhofstraße.

Wilkau. Sonnabend, den 25. September, abends 7 Uhr in Wutzler's Restaurant.

Inhalts-Verzeichnis.

Zur Beitragserhöhung. — Die internationale gewerkschaftliche Aktion. — Betriebsobleute. — Selbstmord der Innungsmeister. — „Christliche" Selbstentmannung. — Aus unserem Beruf. — Gewerkschaftskampf und Wissenschaft. — Verbandsnachrichten. — Versammlungskalender.

Feuilleton: Die Eisenbahnfahrten der in Pirmasens beschäftigten auswärtigen Arbeiter.

Verantwortlicher Redakteur: Wilh. Bock, Gotha.
Druck u. Verlag von Wilh. Bock u. Co., Gotha.

Wir stellen ein

Einen tüchtigen Arbeiter
für Schnitt-, Absatzfräs- und Schnittpoliermaschine.

Desgleichen 1 Holznagler
für die Mansfeldmaschine, der auch Absatzglasen und -polieren kann sowie

Einen tüchtigen Zwicker
auf Akkord und 1 Stepperin.
Eintritt soll womöglich sofort erfolgen.
Nähere Angebote mit Lohnansprüchen an

Gebrüder Kropf,
Windischeneschenbach. Telefon 26.
Strecke Hof-Regensburg.

Es werden noch
Geübte Stepperinnen
Zuschneider
Stanzer sowie
Handwender für Fabrik- und Heimarbeit
sofort eingestellt.
Gustav Hoffmann, Schuhfabrik,
Kiehe a. Rhein.

Durchnähmaschine
Kiechle-Reform, Modell 19 6
gut erhalten, verkauft billig
Mademann, Berlin NO. 55
Prenzlauer Allee 146.

Willst Du, junger Fachkollege
Deine Schnittmuster selber schneiden lernen,
so studiere vorher die kleine Schrift
Perfektum!
Sie gibt Dir die richtige Anleitung
wie Du dabei verfahren mußt. Preis 2.20.
Verlag „Schuhmacherei", Gotha
Uelleber Straße.

Unseren weiten Kolleginnen und Kollegen Anna Saarmann, Ella Frikgus, Erich Hennig und Gustav Vedder nebst ihren lieben Bräuten die

herzlichsten Glückwünsche.

Die Zahlstelle Finsterwalde.

Der Kollegin Elise Ziegel nebst Bräutigam zur grünen Hochzeit die

besten Wünsche

Die Kollegen der Zahlstelle Weida.

Unseren werten Kollegen Wilhelm Wichor nebst seiner lieben Braut Dora zu ihrer stattgefundenen Hochzeit die

herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen vom Schuhhaus Braband Doer-Naunstadt.